

Frankfurter Allgemeine Feuilleton

Inklusionsdebatte Alle einschließen, wollen wir das?

„Inklusion“ für Behinderte ist eins der Worte, mit denen heute um Werte gestritten wird. Und weil die Wortvehikel, auf denen die Streiter dabei sitzen, so groß sind, kommt leider vieles unter die Räder.

10.06.2014, von Christian Geyer



© dpa

Soll er wie seine Mitschüler auch auf das Gymnasium wechseln, obwohl er das dort gesteckte Bildungsziel nicht erreichen kann? Der Viertklässler Henri, ein Kind mit Down-Syndrom, in einer Schule in Baden-Württemberg



[Autor: Christian Geyer-Hindemith, Jahrgang 1960, Redakteur im Feuilleton.](#)

Es gibt in Deutschland derzeit keine zweite Debatte, die affektiv derart aufgeladen ist wie der Streit um die Inklusion. Dass jeder gleich Bescheid zu wissen scheint, wenn das Stichwort Inklusion fällt, und doch niemand einen konsensfähigen Begriff davon hat, was unter Inklusion eigentlich genau zu verstehen ist, dieses Unschärfeprofil gehört gewissermaßen zum Programm der Debatte, die insoweit – unbeschadet ihrer streckenweise erstaunlich rigiden Argumentationsmuster – Wert darauf legt, eine offene Debatte zu sein. Offen schon deshalb, weil es in ihr immer auch ums Ganze geht, das es in genau zwei Ausfertigungen

Frankfurter Allgemeine Feuilleton

gibt: als vollkommen humanes oder als vollkommen inhumanes Gesellschaftssystem. Kleiner, so scheint es, ist die Inklusionsdebatte in Deutschland nicht zu haben.

Vorderhand geht es um Kinder, um den gemeinsamen Unterricht von Behinderten und Nichtbehinderten (wobei natürlich auch die Gegner einer inklusionistischen Heilsidee betonen, nicht etwa gegen ein vernünftiges, vom Kindeswohl gedecktes Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung zu sein, wie es im übrigen schon das Grundgesetz vorsehe). Aber längst schon sind die diesbezüglichen Fragen der Schulorganisation zum Vehikel für Menschheitsfragen geworden: Man spricht, wenn man von Inklusion spricht, von Menschenrechten, von Gerechtigkeit, von Anerkennung, Achtung und Ächtung, von Solidarität und Selektion, von dem, was ein gutes Leben ausmacht. Und sehr oft spricht man von all dem wild durcheinander, die Debatte um Inklusion wird – performativ kohärent – selbst inklusiv geführt: Jeder darf mitreden und so, wie ihm zumute ist.

In der Hochburg des Inklusionskampfes

Ein frischer Mut weht durch die Debatte, das Bewusstsein, eine neue Zivilisationsstufe zu erklimmen: Die pädagogischen Vorkämpfer sprechen von der eschatologisch erwarteten Inklusion als einem „Grenzstein zum Übergang in eine neue Welt“ (Walther Dreher), nennen deren Prämissen „naturegeben“ (Andrea Platte) und formulieren Glaubenssätze wie diesen: „Inklusion ist die ultimative Integration, sozusagen der Olymp der Entwicklung, danach kommt nichts mehr“ (Hans Wocken). Tatsächlich ist „Haltung“ zu einem Schlüsselbegriff der Inklusionsdebatte geworden – Kindeswohl hin oder her, wie Bernd Ahrbeck in seinem jüngst erschienenen Buch „Inklusion – eine Kritik“ nachweist (ein Augenöffner für die Abgründe der Inklusion!)

Die Aufforderung, eine „inklusive Haltung“ einzunehmen, sich zu „öffnen“ und „einzulassen“, „Barrierefreiheit im Kopf“ herzustellen ist denn auch der Tenor der Antworten, mit denen Ralf Schniersmeier, der Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft Rheinland-Pfalz „Gemeinsam leben – gemeinsam lernen“ die inklusiven Begriffsstützigkeiten pariert, mit denen er es auf den Inklusionsveranstaltungen mit Eltern und Lehrern immer wieder zu tun hat, so auch letzte Woche in Mainz, unter Ministerpräsidentin Malu Dreyer gegenwärtig eine Hochburg des Inklusionskampfes. Schniersmeier erinnert auf dem Podium eher an einen amerikanischen Fernsehprediger, der seine Gemeinde zur Verwirklichung des Reiches Gottes auf Erden aufruft (Inklusion als Paradiesmetapher). Im Grunde macht Schniersmeier einen vollkommen apolitischen Eindruck, wenn er zum soundsovielen Male die Frage aus dem Publikum „Aber wie soll das denn funktionieren?“ mit einem Gesinnungsappell vom Tisch wischt. Und regelmäßig dazwischengeht, wenn jemand es wagt, Inklusion als „Projekt“ zu bezeichnen (und den Vorsitzenden von „Gemeinsam leben – gemeinsam lernen“ damit mal eben zum Projektemacher stempeln möchte).

Frankfurter Allgemeine Feuilleton

„Inklusion ist kein Projekt, Inklusion ist Gesetz“, sagt Schniersmeier dann sehr energisch, auch wenn das natürlich nur die halbe Wahrheit ist. Nicht nur, weil der aktuelle Stand der schulischen Inklusion das schiere Provisorium ist. Es wäre, mit anderen Worten, grob fahrlässig, ein behindertes Kind in den inklusiven Probelauf zu schicken, wenn noch nicht einmal die Stundenzahl der dafür benötigten Förderlehrer festgelegt, geschweige denn ihre Finanzierung gesichert ist. Dass Inklusion ein Gesetz und kein Projekt sei, ist aber auch deshalb nur die halbe Wahrheit, weil es heftig umstritten und keineswegs eindeutig ablesbar ist, was aus der maßgeblichen UN-Behindertenkonvention für die Länder schulorganisatorisch folgt.

Der Stellenwert der UN-Konvention

Das ist ein wichtiger Punkt. Je offensiver Inklusionisten unter der Fahne der „Haltung“ pädagogische und rechtliche Einwände in den Wind schlagen, desto wichtiger etwa der Hinweis, dass in der auch von Deutschland ratifizierten UN-Konvention, an deren Umsetzung die Kultusminister derzeit arbeiten, explizit an keiner Stelle davon die Rede ist, dass Sonderschulen (die auch Förderschulen heißen) abzuschaffen seien (zugunsten inklusiver Beschulung in einer „Schule für alle“, in die dann alle Behinderten aufzunehmen wären, wie es von den Verfechtern der Einheitsschule propagandistisch als Imperativ der Vereinten Nationen ausgegeben wird). Im Gegenteil betont die UN-Konvention, dass „besondere Maßnahmen, die zur tatsächlichen Gleichberechtigung von Menschen mit Behinderung erforderlich sind, nicht als Diskriminierung im Sinne dieses Übereinkommens“ angesehen werden dürfen. Das kann man durchaus als eine Lizenz für die abgespeckte Kontinuität des Sonderschulwesens auffassen, sicherlich aber nicht für ein Verbot desselben „als Sackgasse“, wie die Initiativen für den Erhalt der Förderschule zu Recht geltend machen.

Entsprechend allergisch fallen die Reaktionen aus, wenn eine schlampig begründete „Schule für alle“ auch noch als Vorreiter einer totalen gesellschaftlichen Inklusion angepriesen wird, einer sozialen Utopie, bei der – wie immer man sich das vorzustellen hat (Inklusionsmotto hier: „Schauen wir mal!“) – alle überall gleichberechtigt mit von der Partie sein werden. Diese totalinklusive Zielvorstellung – anachronistisch in einer ausdifferenzierten Gesellschaft, die auf die adäquate Besetzung von Funktionsstellen achtet – wird von dem Rehabilitationswissenschaftler Karl-Ernst Ackermann prononciert unter Kitschverdacht gestellt: „Angesichts der Tatsache, dass Inklusion in der modernen Gesellschaft als Partialinklusion, das heißt als Inklusion in einige beziehungsweise verschiedene Teilsysteme der Gesellschaft abläuft – und dass eine Person als Ganze in keinem Teilsystem gefragt ist, sondern immer nur im Blick auf einige Rollen –, muss die verklärende Rede von Inklusion und die Hoffnung auf ‚Totalinklusion‘ als das bezeichnet werden, was sie ist: Inklusions-Kitsch. Kitsch, der zugunsten der Harmonisierung die tatsächlichen Differenzen verdeckt und diese erst gar nicht sichtbar werden lässt.“

Frankfurter Allgemeine Feuilleton

Eine tickende Zeitbombe für jeden Unterricht

Hier ist ein Menschenbild berührt, das das Schlimmste befürchten lässt, weil es jeden positiven Begriff von Ungleichheit zum Verschwinden bringt. Für das radikale Inklusionsbegehren dürfen Behinderungen noch nicht einmal als solche namhaft gemacht werden (der früh verstorbene, selbst körperlich behinderte Philosoph Andreas Kuhlmann hat dieses ideologische Benennungsverbot scharfsinnig analysiert: es gehe zu Lasten der Behinderten, denen die professionelle Aufmerksamkeit entzogen werde). Und was bedeutet es für den gemeinsamen Unterricht mit schwer verhaltensauffälligen Kindern, die ja ebenfalls unter den sozialpolitischen Begriff der Behinderung fallen, wenn es im Blick auf ihren Einfluß in die Regelschule heißt, es gehe darum, „Anpassungszwänge zu vermeiden“ (Helmut Schwalb und Georg Theunissen).

Also nur ja keine Anpassungserwartung gegenüber Verhaltensauffälligen hegen! Sollen die anderen in der Klasse – Lehrer wie Schüler – die Störungen doch aushalten und kreativ nutzen! Schließlich geht es darum, Heterogenität zuzulassen, nicht darum, um irgendwelcher bildungsbürgerlichen Vorstellungen von Lernerfolg willen homogene Schichtungen herzustellen, unter denen die „Einmaligkeit der Person“ Schaden nimmt, weil sie sich nicht ausleben kann. Das ist die Linie des inklusiven Bildungsforschers Kersten Reich, der es versteht, eine tickende Zeitbombe für jeden Unterricht in semantischen Plüsch zu kleiden: „Die Unterschiede zwischen den Lernenden, die sich in unterschiedlichen Perspektiven, unterschiedlicher Bevorzugung bestimmter Zugänge zum Lernen und in den Lernergebnissen selbst zeigen, sind keine Abweichung von der Norm, sondern das, was wir innerhalb eines Lernprozesses erwarten.“ Wo keine Norm, da auch keine Störung, so der konstruktivistisch (alles ist Zuschreibung) beheimatete Reich.